

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom: 10.06.2011 eingegangen: 10.06.2011	Gremium:	<b>26. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>26.07.2011</b> <b>805</b> <b>22</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 5</b>
<b>Erweiterung der Wertstoffsammlung um Elektromüll</b>		

**- Kurzfassung -**

Derzeit wird die Rechtslage überprüft, ob heute davon ausgegangen werden kann, dass eine Erfassung der fraglichen Geräte in der kommunalen Wertstofftonne möglich ist, da es sich hierbei im Rechtssinne nicht um so genannten „unsortierten Siedlungsabfall“ handelt. So das Ergebnis der rechtlichen Überprüfung entsprechend ausfällt, wird die Verwaltung die notwendigen Schritte zu einer Satzungsänderung in die Wege leiten. Die Änderung könnte nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit sowie im Hauptausschuss zusammen mit weiteren notwendigen Änderungen der Entsorgungssatzung dem Gemeinderat am 13.12.2011 zur Entscheidung vorgelegt werden. Damit könnten bei Zustimmung dann ab dem 01.01.2012 die Geräte zusätzlich zur Erfassung auf den Wertstoffstationen wieder flächendeckend über die Wertstofftonne erfasst werden.

Die Verwaltung wird im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 12.10.2011 berichten.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages      nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: PSP-Element: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Von 1991 bis 2006 wurde so genannter „Elektronik-Kleinschrott“ (u. a. Haushaltskleingeräte, Mobiltelefone und elektronische Datenträger) über die Wertstofftonne (Holsystem) erfasst. Diese Praxis wurde ab April 2006 nach Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes geändert. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Entsorgungssatzung der Stadt Karlsruhe entsprechend geändert und diese Geräte über die Wertstoffstationen und nicht mehr über die Wertstofftonne erfasst (Bringsystem). Die damalige Rechtsauffassung war, eine Erfassung in der Wertstofftonne sei nicht mehr zulässig.

Seither kommt es zu „Fehleinwürfen“ sowohl in der Restmüll- als auch in der Wertstofftonne. Die Elektrokleingeräte in der Restmülltonne gelangen in die Müllverbrennung und werden trotz ihrer Eignung nicht recycelt. Die 2009/2010 durchgeführte Restmüllanalyse hat gezeigt, dass der Anteil allerdings sehr gering ist (weniger als 1 % Gewichtsanteil).

Über die Wertstofftonne wurden trotz der Regelung in der Entsorgungssatzung 2010 108 Tonnen Elektronik-Kleinschrott und 59 Tonnen Kabelschrott erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Derzeit wird deshalb die Rechtslage erneut überprüft, ob heute davon ausgegangen werden kann, dass eine Erfassung der fraglichen Geräte in der kommunalen Wertstofftonne möglich ist, da es sich hierbei im Rechtssinne nicht um so genannten „unsortierten Siedlungsabfall“ handelt. Erste Recherche-Ergebnisse weisen in diese Richtung.

So das Ergebnis der rechtlichen Überprüfung entsprechend ausfällt, wofür im Moment vieles spricht, wird die Verwaltung die notwendigen Schritte zu einer Satzungsänderung in die Wege leiten. Die Änderung könnte nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit (12.10.2011) sowie im Hauptausschuss (06.12.2011) zusammen mit weiteren notwendigen Änderungen der Entsorgungssatzung dem Gemeinderat am 13.12.2011 zur Entscheidung vorgelegt werden.

Damit könnten bei Zustimmung dann ab dem 01.01.2012 die Elektrokleingeräte, die Mobiltelefone und die elektronischen Datenträger zusätzlich zur Erfassung auf den Wertstoffstationen wieder flächendeckend über die Wertstofftonne erfasst werden.

Die Verwaltung wird im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 12.10.2011 berichten.